



Banken und Hedgefonds: Streng regulieren, aber nur im absoluten Notfall direkt unter die Arme greifen

von Dorothea Schäfer*

Im Mutterland der freien Marktwirtschaft, den USA, rufen Investment-Banker plötzlich nach einer All-Finanzmarktaufsicht. In Deutschland warten ausgewiesene Anhänger der „unsichtbaren Hand“ mit Forderungen nach staatlicher Unterstützung auf. In Großbritannien wird ernsthaft über den Kauf von hypotheckenbesicherten Anleihen durch die Zentralbank diskutiert. Nichts kann die weltweite Verunsicherung der Finanzmarktakteure besser verdeutlichen als der Ruf nach dem Staat. Sollte der Staat zu dem, von den Finanzmarktteilnehmern ersehnten, großen Befreiungsschlag ausholen? Die Antwort darauf ist ein klares Nein.

Von einem Kauf oder Umtausch riskanter Hypothekenanleihen in sichere Staatspapiere durch die Zentralbank würde die Botschaft ausgehen, spekulative Übertreibungen bleiben ungestraft, wenn nur eine genügend große Anzahl von Banken und Hedgefonds daran beteiligt ist. Ein solches Signal kann niemand wollen, unterminiert es doch die nötige Lernbereitschaft und den Willen zur Verhaltensänderung. Aktionäre müssen ihr Kapital im Extremfall auch verlieren können, genauso wie Management und Händler ihre Arbeitsplätze. Keinesfalls darf der Staat sich dafür hergeben, in die Rolle von Investmentbankern oder Hedgefonds zu schlüpfen, eine Rolle, die er, wie man von den Landesbanken weiß, ohnehin nur unzureichend auszufüllen kann.

Den großen Befreiungsschlag zu initiieren, ist zuallererst die Aufgabe der Finanzinstitute selbst. Deren Eigenkapitaldecke ist offensichtlich häufig viel zu dünn. Das Gebot der Stunde lautet daher: Stärkung der Eigenkapitalbasis. Im Prinzip stehen genügend Investoren bereit. Was fehlt, ist die Kenntnis der Risikoposition der Finanzinstitute und das Vertrauen. Offenheit und intensive Kommunikation von Zahlen und Investitionsstrategien ist daher eher angebracht als der Ruf nach dem Staat.

Soll der Staat demnach nur an der Seitenlinie stehen und zusehen wie sich die Finanzmärkte von Zeit zu Zeit, insbesondere im Überschwang der Möglichkeiten innovativer Finanzinstrumente, an den Abgrund manövrieren? Auch dieser Extremposition ist eine klare Absage zu erteilen. Im Notfall, wenn die Folgen der Insolvenz einer Bank oder eines Fonds für das Funktionieren des gesamten Finanzsystems unkalkulierbar sind, muss der Steuerzahler im eigenen Interesse in den sauren Apfel beißen. Rettungsaktionen à la IKB, Northern Rock oder Bear Stearns münden oft in die vollständige Übertragung des Eigentums an den Staat beziehungsweise den Steuerzahler. Das ist schmerzhaft für die Altaktionäre, aber unerlässlich für die nachhaltige Disziplinierung der Finanzmarktakteure.

Der Staat ist zudem gut beraten, die Finanzmarktaufsicht weiter auszubauen. Zur Regulierung von Hedgefonds und international tätigen Investmentbanken bietet es sich an, ein supranationales Aufsichtsgremium nach dem Vorbild des „Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht“ zu etablieren. Ergänzend dazu muss das für Geschäftsbanken geltende Basel II-Regelwerk noch einmal gründlich auf seine Tauglichkeit unter den Bedingungen des Kreditverkaufs überprüft werden. Nicht zuletzt muss Basel II endlich auch in den USA für alle Banken verbindlich umgesetzt werden.

* PD Dr. Dorothea Schäfer leitet die Forschungsgruppe Finanzmärkte und Finanzinstitutionen am DIW Berlin.